



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

M., F.: Nach der Entspannung : Deutsche Wirtschaftsinteressen im Ausland

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Verdammung und des Verkennens betrogen ist, so wähnt sie sich „bezaubert“ und heult in Wut auf.

Hat, um es nicht bei der unbestimmten Andeutung von vorhin zu belassen, dieses Künstlerleben in seinem erfolgreichen Willen zur Geltung nicht eine zwingende Ähnlichkeit mit dem Genius, der vor hundert Jahren Europa — bezauberte? Im Leben Napoleons findet sich just dieselbe Technik, sich um jeden Preis durchzusetzen. Und bald nach seinem Tode hören wir eine ähnliche, auf dieselbe Tonart gestimmte Kritik (Thiers u. a.), die die tausend Disharmonien und unsympathischen Episoden eifrig zusammenträgt.

Und hätten beide nichts anderes aufzuweisen (sie habens am Ende doch), als diesen Urwillen zum persönlichen Erfolg mit dieser massenbezaubernden Wirkung, diesen Genius, zu zwingen, sie hätten für den menschlichen Richter alle Mittel durch eben diesen Genius geheiligt und wären unvergänglich.

Dieses Leben vollends hat ein Werk hinterlassen, das es doppelt rechtfertigt.

Und von diesem Werk, Herr Emil Ludwig, sprechen wir bei der nächsten Gelegenheit.



Nach der Entspannung

Deutsche Wirtschaftsinteressen im Ausland



ie Hoffnung, daß die politische Entspannung eine schnelle und durchgreifende Rückwirkung auf das internationale Wirtschaftsleben ausüben werde, hat sich bisher nicht erfüllt. Insbesondere läßt die Entwicklung der Geldverhältnisse durchaus nicht erkennen, daß sich die so sehnlich erwünschte Wendung zum Bessern anbahnt. Noch immer steht der internationale Geldmarkt unter dem Drucke einer außergewöhnlichen Spannung. Nirgends freilich mehr als in Deutschland, wo die Reichsbank sich ganz außerstande sieht, den sechsprozentigen Zinsfuß zu ermäßigen und wo dementsprechend auch die Zinssätze des Marktes eine exorbitante Höhe bewahren. Diese Erscheinung ist indessen weniger auffallend, wenn man bedenkt, daß die politischen Verhältnisse nicht in letzter Linie oder gar ausschließlich die Steigerung der Zinssätze verursacht haben. Vielmehr ist die Ursache für die letztere durchaus in der internationalen Konjunktur und dem damit verbundenem Geldbedarf zu suchen. Selbstverständlich haben die politischen Unruhen und die Kriegsbesürchtungen die Situation verschärft, weil sie eine große Zurückhaltung des Kapitals zur natürlichen Folge hatten. Aber es scheint fast, als sei die unmittelbare Einwirkung der Desjaurierung auf den

Geldmarkt überschätzt worden. Denn andernfalls wäre schwer erklärlich, daß nunmehr nach Beseitigung des Kriegsschreckens der ersohnte Rückfluß und die Kräftigung des Geldmarktes ausbleibt. Man darf freilich nicht übersehen, daß die Fälle der sich augenblicklich an letztere herandrängenden Ansprüche eine tatsächlich vorhandene Erleichterung mehr wie ausgleicht. Dieses allgemeine Sagen nach dem Kapital ist nicht geeignet, den Leihwert desselben herabzudrücken und es aus seiner Reserve herauszulocken.

Charakteristisch für diese Tatsache ist der eklatante Mißerfolg der großen brasilianischen Anleihe in London. Obwohl diese Emission von elf Millionen Pfund durch den Emissionskredit des Hauses Rothschild getragen war, sind von der Anleihe nur fünf Prozent gezeichnet worden, so daß fast der gesamte Betrag in den Händen der Übernehmer geblieben ist. Und dies geschah am Londoner Markt, der für solche Anleihen in normalen Zeiten ein stets williger Abnehmer gewesen ist! Es ist klar, daß solche Mißerfolge eine abschreckende Wirkung äußern müssen. Es läßt sich daher auch kaum behaupten, daß die große chinesische Fünfmächte-Anleihe, welche dieser Tage zur Zeichnung aufgelegt wird, rein finanziell betrachtet, sehr gelegen kommt, obwohl die Bedingungen für das private Kapital verlockend genug sind.

Spectator

* * *

Die Schicksale dieser so lange beredeten Chinesenanleihe sind merkwürdig. Die Verquickung von Politik und Geschäft hat hier finanziell keine besonders günstigen Ergebnisse gezeitigt. Wenigstens nicht für China. Ursprünglich war die Anleihe gedacht als solche, die dem neuen China neben der Durchführung politischer und militärischer Reformen auch solche wirtschaftlicher und kultureller ermöglichen sollte. Dementsprechend sollte sich die Anleihe auf die gewaltige Summe von 1200 Millionen Mark belaufen. Unter diesen Umständen war es erklärlich und gerechtfertigt, daß alle Großmächte an der Anleihe und an der wirtschaftlichen Ausschließung des Reiches der Mitte ihren Anteil haben wollten. Das bisherige tatsächliche Monopol des deutsch-englischen Bankkonsortiums für chinesische Anleihen mußte einer erweiterten Gruppierung weichen, aus der schließlich durch den Zutritt Japans und Amerikas ein Sechsmächtesyndikat wurde. Nach dem Präsidentenwechsel in New York hat sich Amerika zurückgezogen, und wie das Syndikat, so ist auch die Anleihe ein Torso geworden. Sie beläuft sich nur auf 500 Millionen Mark und ihr Erlös reicht gerade aus, China finanziell und politisch zu arrangieren, aber nicht um ihm die Durchführung wirtschaftlicher Aufgaben von Staats wegen zu ermöglichen.

Die den Chinesen gewährte Summe ist aber doch groß genug, um die Durchführung innerpolitischer Reformen zu gewährleisten, wenn einiger guter Wille und Konsequenz vorhanden sind. Damit aber wären die Interessen aller jener Mächte, die an China ein wirtschaftliches Interesse haben, genügend gesichert, und somit sind die deutschen Bestrebungen für China wieder auf eine Basis

gestellt, daß man mit einiger Zuversicht an das chinesische Geschäft herangehen kann. Wie man in den Kreisen der altchinesischen Interessenten denkt, geht am besten daraus hervor, daß sowohl von Hamburg aus wie von Berlin weitblickende Kaufleute und Industrielle an einer weiteren Ausgestaltung deutsch-chinesischer Handelseinrichtungen arbeiten, und daß an der Spitze dieser Bestrebungen Männer wie Excellenz Fischer, der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Deutsch-asiatischen Bank und Excellenz von Truppel, der frühere Gouverneur von Kiautschou stehen. Deutschem Unternehmungsgeist sind somit tatsächlich die Wege geebnet, es handelt sich nur darum zuzufassen und energisch zu arbeiten.

Die finanzielle Entspannung dürfte wahrscheinlich in nächster Zukunft noch weitere Kreise erfassen, wenn erst die Vereinbarungen zwischen England und der Türkei, die gegenwärtig schweben, — Deutschland hat bisher noch an keinen Verhandlungen über die Bagdadbahn und Koweit teilgenommen — festere Grundlagen gewonnen haben. G. C.

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Unterrichtswesen

Die Umgestaltung des Seminars für orientalische Sprache. Im preussischen Abgeordnetenhaus hat in diesem Frühjahr der Abgeordnete Erzberger den Wunsch geäußert, es möchte das Orientalische Seminar umgestaltet und zu einer Auslandshochschule ausgebaut werden. Der Minister hat eine Prüfung des Wunsches und die Vorlegung einer Denkschrift in Aussicht gestellt. In Kürze gesagt handelt es sich dabei um folgendes: Das Seminar befindet sich gegenwärtig in einer Art Zwitterstellung: Es ist ein Zwischending zwischen einer Mittelschule und einer Hochschule. Der ausgesprochene Wunsch geht dahin, daß es zu einer reinen Hochschule und zwar zu dem Vertreter eines besonderen Typus einer solchen entwickelt werde.

Das Seminar verfolgt in seiner gegenwärtigen Gestalt fast ausschließlich praktische Zwecke. In erster Linie lehrt es gewisse Sprachen verstehen und sprechen, gegebenenfalls auch Lesen und Schreiben. Mehr anhangsweise gesellt sich dazu die Einführung in die einschlägigen Realien und die Bei-

bringung gewisser praktischer, für den Kolonialdienst wichtiger Kenntnisse und Fertigkeiten. Die Unterrichtssprachen sind längst nicht mehr ausschließlich diejenigen des Orients: außer dem Türkischen, Arabischen, Persischen und Äthiopischen werden auch die Sprachen Chinas und Japans sowie für die Zwecke des Kolonialdienstes eine Anzahl afrikanischer Sprachen gelehrt. Dazu kommen endlich verschiedene europäische Sprachen, wie Russisch, Rumänisch, Neugriechisch, Französisch und Englisch. Als Schüler für diesen Unterricht führt das amtliche Vorlesungsverzeichnis nur zwei Klassen von Personen an: die künftigen Dolmetscher im Orient und Ostasien und die künftigen Kolonialbeamten in Afrika. Andere Klassen von Personen sind nicht geradezu ausgeschlossen, für die Befriedigung ihrer besonderen Bedürfnisse sind jedoch im allgemeinen keine Vorkehrungen getroffen. An sich würden nämlich zunächst auch die Kaufleute, die ins Ausland gehen, sowie die künftigen Mitglieder des Konsulats- und des diplomatischen Dienstes in Betracht kommen. Aber auch Ärzte, Missionare und Lehrer, die in den Orient, nach Ostasien oder in die Kolonien gehen wollen, würden bei einer anderen Art des Unterrichts

hier sehr wertvolle Belehrungen und Anregungen finden können. Gegenwärtig ist, wie gesagt, der Zweck des Unterrichts fast ausschließlich das Beibringen gewisser praktischer sprachlicher Fertigkeiten. Es hat aber auch einen großen Wert, die inneren Zustände fremder Länder, ihr geistiges Leben und ihre geistige Kultur kennen zu lernen, nicht selten sogar einen großen praktischen Wert. Ein solches Wissen flößt uns eine höhere Achtung vor dem fremden Volke ein, es ermöglicht uns eine bessere Würdigung seiner Interessen und Bedürfnisse und erleichtert den Umgang mit den einzelnen Angehörigen desselben. Wie wichtig ein solches inneres Verständnis für alle diejenigen ist, die in fremden Ländern irgendwie zu gebieten oder zu bestimmen haben, wie wichtig auch für den Diplomaten, der über ihre Zustände berichtet, wie vorteilhaft für den Kaufmann, der dort festen Boden gewinnen und sich eine Stellung verschaffen soll, das bedarf kaum der ausdrücklichen Versicherung. Wie erfreulich und gewinnbringend kann es sein, wenn der europäische Beamte oder Kaufmann dem gebildeten Japaner oder Chinesen gegenüber sich ebenfalls als ein „gebildeter“ Mann ausweisen kann, der nicht nur Briefe und Zeitungen in der fremden Sprache zu lesen und zu schreiben versteht, sondern auch über ihre Literatur Bescheid weiß. Und wenigstens einen Teil der Härten der Eingeborenenpolitik kann der vermeiden, der die Eingeborenen wirklich versteht und verstehen will. Bieweit nun die im Orientalischen Seminar abgehaltenen Vorlesungen über die kulturellen Zustände der afrikanischen Kolonien solchen Zwecken genügen, muß hier dahingestellt bleiben; die dafür angelegte Stundenzahl erscheint freilich etwas zu gering. Anders bei allen denjenigen Ländern, bei denen eine Schriftsprache und eine Literatur, überhaupt eine höhere geistige Kultur vorhanden ist. Eine zweistündige Vorlesung über die Religion der Japaner, die einzige derartige über die geistige Kultur Japans, die am Seminar überhaupt gehalten wird, genügt lange nicht, ebensowenig wie eine zweistündige Vorlesung über die Geographie Chinas. Wie wichtig wäre eine Einführung etwa in die Kunst Japans oder in die Philosophie der Chinesen. Unsere Gymnasien sind auf der

Voraussetzung aufgebaut, daß das Studium der Schriftsteller am besten und gründlichsten in den Geist eines fremden Volkes einführt, und diese Voraussetzung hat sich nach allgemeiner Anschauung durchaus bewährt. Warum macht in einem Lande, das auf seinen klassischen Schulunterricht stolz ist, das Orientalische Seminar von dieser Voraussetzung gar keinen Gebrauch? Warum gibt es hier keine Vorlesungen über persische, arabische oder chinesische Philosophen oder andere Schriftsteller? Die wissenschaftlichen Lehrkräfte, die die einschlägigen Fächer vertreten, sind für derartige Vorlesungen selbstverständlich befähigt, und gewiß wären sie auch dazu geneigt, schon allein um im Einklang mit dem schulmäßigen sprachlichen Unterricht eine Abwechslung zu haben und sich zeitweilig etwas über sein Niveau erheben zu können. Daneben wäre es wichtig, auch den sprachlichen Unterricht nach der wissenschaftlichen Seite weiter auszubauen, als es bei der verhältnismäßig geringen Anzahl von Lehrkräften und ihrer fast ausschließlichen Inanspruchnahme durch praktische Zwecke gegenwärtig möglich ist. Erst dadurch würde dieser Unterricht auf die Höhe der Hochschule gehoben werden. Durch einen derartigen Ausbau würde das Seminar nicht nur eine Menge neuer Besucher gewinnen, sondern auch manche der jetzt vorhandenen würden die gebotene Gelegenheit benutzen, würden dadurch Anregungen und eine vertiefte Bildung erfahren, die ihrer späteren Berufstätigkeit und damit dem Deutschen Reiche selber zugute kämen. Auch populäre Vorlesungen und vielleicht auch Einzelvorträge über die Kulturen der fremden Länder würden in Frage kommen: in den letzten beiden Wintern sind öffentliche Einzelvorträge dieser Art von einer Anzahl der Lehrer unentgeltlich veranstaltet worden. Der rege Besuch und der Beifall, den sie gefunden haben, weist schon auf die Bedeutung hin, die ein derartiger Unterricht bei systematischer Pflege gewinnen könnte: er würde in weiten Kreisen das Interesse und Verständnis für das Ausland steigern — ein Vorgang, der bei unserer regen Teilnahme an der Weltwirtschaft und am Kolonialleben nur erwünscht sein könnte. Allein war es ein Zufall, daß die eben erwähnten Vorträge nicht in einem Auditorium

des Seminars oder der Universität, sondern in einem gemieteten Raume abgehalten wurden?

Mit der Steigerung des wissenschaftlichen Charakters des Orientalischen Seminars müßte eine Umgestaltung seiner Verfassung Hand in Hand gehen. Auch in dieser Beziehung besteht gegenwärtig ein unerfreulicher Zwitterzustand. Freilich kann man hier nicht von einer Zwischenstellung zwischen Hochschule und Mittelschule reden, vielmehr steht das Seminar in dieser Beziehung noch unter der Mittelschule. Nach ihrer wissenschaftlichen Qualifikation stehen die hauptamtlichen Lehrer des Seminars (von den Lektoren ist hier nicht die Rede) nicht auf der Stufe der Gymnasiallehrer, sondern auf derjenigen der Universitätslehrer: sie sind Gelehrte, die in ihrem Fache wissenschaftlich tätig sind. Diese Tatsache findet sogar einen offiziellen Ausdruck darin, daß das Seminar eine besondere Zeitschrift herausgibt, in der streng wissenschaftliche Arbeiten seiner Mitglieder veröffentlicht werden. Zunächst aber ist im Verhältnis dazu die Unterrichtslast wenigstens für einige Lehrer zu groß. Das Vorlesungsverzeichnis des verflossenen Winters weist für einen Lehrer siebzehn Stunden, für einen anderen mindestens sechzehnundeinhalb Stunden auf. Das entspricht nahezu der Stundenzahl eines Oberlehrers und läßt zu wenig Muße für wissenschaftliche Arbeit. Vor allem aber müßten Männern, von denen wissenschaftliche Arbeit erwartet wird, andere Rechte bei der Festsetzung des Unterrichts und überhaupt der Verwaltung des Seminars eingeräumt sein. In dem amtlichen Vorlesungsverzeichnis ist mehrfach von etwaigen Anordnungen und Regelungen des Unterrichts durch die „Seminarleitung“ (z. B. der Ansetzung weiterer besonderer Kurse im Bedarfsfalle) die Rede; gemeint ist damit lediglich der Direktor des Seminars. Der einzelne Professor (amtlich heißt er überhaupt nicht so, er ist bestenfalls Titularprofessor) hat nicht das Recht, wie seine Kollegen an der Universität, seine Vorlesungen selbst zu bestimmen. Es ist auch nicht so wie bei den technischen Hochschulen, bei denen bekanntlich in den einzelnen Abteilungen die entsprechenden Teilkörper des Kollegiums gemeinschaftlich einen festen Lehrplan aufstellen, der den vor-

liegenden praktischen Bedürfnissen in erforderlicher Weise Rechnung trägt. Es gibt hier überhaupt kein Kollegium, nicht einmal in dem Sinne, in dem ein solches an den Mittelschulen dem Direktor mit gutachtlicher und beratender Stimme zur Seite steht. So fehlt den Professoren auch die Möglichkeit, zu der jetzt aufgeworfenen Frage der Reform ihrer Anstalt als eine Körperschaft Stellung zu nehmen und sich begutachtend oder mit Vorschlägen darüber zu äußern. Ungünstiger als die Oberlehrer und die meisten anderen Beamten sind sie auch darin gestellt, daß ihnen Titel und Gehalt lediglich nach Ermessen, wobei natürlich der vorgesezte Direktor das Recht des Berichtes und des Vorschlages hat, nicht nach einer festen Ordnung gewährt wird. Faßt man alles zusammen, so ist es gewiß keine Übertreibung zu sagen: die Stellung der wissenschaftlichen Lehrer des Orientalischen Seminars hat, verglichen mit ihrer wissenschaftlichen Qualifikation, etwas Gedrücktes.

Und jedenfalls haben, um es zu wiederholen, die ganzen Zustände einen Zwittercharakter: sie sind weder diejenigen der Hochschule noch diejenigen der Mittelschule. Auf alle Fälle wäre es erwünscht, dieser Halbheit ein Ende zu machen und entweder zu einer reinen Mittelschule oder zu einer reinen Hochschule überzugehen. Die Dinge drängen auch selbst zu einer Entwicklung nach der einen oder anderen Seite hin. Denn auf die Dauer wird man verdienstvolle Gelehrte für derartige „Lehrstühle“ kaum noch gewinnen können. Diejenigen, die aus Unkenntnis der Dinge oder aus wirtschaftlichen Gründen die Stelle annehmen, werden sie bei der nächsten Gelegenheit wieder aufgeben. Es muß entweder heißen aufwärts oder abwärts. Der Weg nach unten ist in einem Staate, der selbst in der Zeit der tiefsten Erniedrigung eine neue Universität zu gründen vermochte, in dem heutigen Zeitalter gewaltig aufsteigenden Lebens wohl in jedermanns Augen von vornherein ausgeschlossen. Es bleibt nur der entgegengesetzte Weg übrig: folgerichtiger Ausbau einer Hochschule. Und diese Hochschule würde freilich einen ganz eigenen Charakter besitzen. Sie würde — und darin würde ihr besonderer Wert liegen — eine Gattung für sich bedeuten. Sie würde fest-

halten an dem, was den besonderen Wert des Seminars in seiner jetzigen Gestaltung ausmacht. Das Seminar ist die einzige staatliche Schule, an der man den praktischen Gebrauch einer großen Anzahl fremder Sprachen vollständig erlernen kann. Wer anderweitig diesen Zweck erreichen will, ist auf Privatunterricht oder Privatschulen angewiesen; die Universität kommt für derartige praktische Interessen kaum in Frage. Neben diesen praktischen aber müssen die rein wissenschaftlichen Interessen in dem vorher ange deuteten Sinne in vollem Maße zur Geltung kommen: der wissenschaftliche Betrieb der fremden Sprachen und die Einführung in die geistige Kultur muß zu dem praktischen Sprachunterricht und der Kenntnis der Realien hinzutreten. Weiter würde es sich wahrscheinlich empfehlen, den Kreis der behandelten Sprachen weiter auszudehnen, besonders gewisse nicht vertretene europäische Sprachen und etwa die Sprachen der Südsee heranzuziehen. Die Verbindung rein praktischer mit streng wissenschaftlichen Zwecken trägt natürlich Schwierigkeiten in sich; aber diese sind grundsätzlich von keiner anderen Art, als sie auch bei den technischen Hochschulen bestehen. Für die praktischen Zwecke sind schon heute in allen Sprachen Lektoren angestellt; daneben würden vielleicht weitere Assistenten in Frage kommen. Jedenfalls müßten die Professoren von diesen praktischen Arbeiten erheblich entlastet werden, um für den wissenschaftlichen Unterricht Zeit und Kraft zu gewinnen. Wie an den übrigen Hochschulen, würde ihnen die Leitung und Beaufsichtigung der von den Assistenten und Lektoren geleisteten Arbeiten verbleiben müssen. Einzig das Hamburger Kolonialinstitut käme als eine Anstalt von verwandten Zielen in Betracht; aber in unserem deutschen Reiche mit seinem heutigen wirtschaftlichen Leben sollte doch wohl auch für zwei derartige Anstalten Raum sein und vor allem dürfte das Reich selbst sich diese Aufgabe nicht durch einen Einzelstaat aus der Hand nehmen lassen.

Damit berühren wir einen letzten Punkt. Das Orientalische Seminar ist im Jahre 1887 ins Leben gerufen. Es sollte in erster Linie der Heranbildung von Reichsbeamten für den Auslandsdienst in asiatischen und afrikanischen

Ländern dienen. Folgerichtig hätte es als eine Reichsanstalt errichtet werden müssen. Tatsächlich wurde ein Vertrag zwischen dem Reiche und Preußen geschlossen, wonach sich beide in die Kosten teilten und Preußen, hauptsächlich weil es dem Reiche an einer Behörde für Unterrichtsverwaltung überhaupt gebrach, die Verwaltung übernahm. Daß Berlin zum Sitz bestimmt wurde, war fast selbstverständlich. Daß die Anstalt dann aber an die Berliner Universität äußerlich angegliedert und als ein Seminar an ihr bezeichnet wurde, beruht auf einer rein äußerlichen Analogie, die nach jeder Richtung hin in die Irre führt. Die Seminare an den Universitäten dienen der Vertiefung des Studiums in einem einzelnen an der Universität betriebenen Fache. Nicht einmal für diejenigen orientalischen Sprachen, für die eine ordentliche Professur an der Berliner Universität besteht, trifft dieses Verhältnis des Seminars zum Universitätsunterricht zu. Das Seminar hat völlig andere Aufgaben, ein anderes Publikum und andere Zulassungsbedingungen. Ebenso sind seine Lehrer nicht Assistenten und andere jüngere Leute in vorübergehender Stellung, sondern vorwiegend ältere Gelehrte mit völlig selbständigem Wirkungskreis, deren Stellung einer Professur an der Universität entspricht oder vielmehr entsprechen sollte. Daher ist auch der Name eines Seminars so unpassend wie möglich. Anlässlich des fünfundzwanzigjährigen Bestehens unserer Anstalt wurde im vorigen Jahre eine amtliche Denkschrift über sie herausgegeben, in der sie als eine „öffentliche akademische Hochschule“, an anderer Stelle als eine „orientalische und Kolonialakademie“ bezeichnet wird. Dieses Wort enthält ein ganzes Programm in sich. Möge es nun auch verwirklicht werden. Wir leben in einer Zeit gewaltiger Kraftentfaltung, in der alles stürmisch vorwärts drängt, überall neue Bahnen beschritten und insbesondere auch im Hochschulleben nicht nur die Anzahl der Hochschulen vermehrt, sondern auch neue Arten von solchen geschaffen werden. Will in dieser allgemeinen Bewegung allein das Orientalische Seminar fortfahren als bescheidenes Weilschen im Stillen zu blühen?

Presse

Die Beschäftigung von Referendaren bei der Presse. In der letzten Zeit ist sowohl von der Tagespresse wie in der juristischen Presse die Frage der Beschäftigung von Referendaren bei der Presse wiederholt erörtert worden. Auf der Generalversammlung des Verbandes der rheinisch-westfälischen Presse, die Oktober 1912 in Hagen tagte, gelangte einstimmig eine Resolution zur Annahme, in der es u. a. hieß: „die Generalversammlung des Verbandes der rheinisch-westfälischen Presse in Hagen spricht daher den Wunsch aus: . . . b) daß die Referendare während ihrer Vorbereitungszeit auf das Assessorexamen, ähnlich wie bei der Staatsanwaltschaft, bei Notaren und Rechtsanwälten, für einige Zeit bei Redaktionen größerer Blätter, die sich hierzu bereit erklären, zu ihrer Information zu beschäftigen sind.“ Durch diese Beschäftigung auf den Redaktionen soll vor allem der heute noch so vielfach in Juristkreisen herrschenden Unkenntnis der tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse der Presse abgeholfen werden, wie es in der von der Generalversammlung angenommenen Begründung der Forderung ausdrücklich heißt. Wie übrigens Professor Dr. Reichel-Zürich in einem in der Zeitschrift *Das Recht* (Nr. 23 vom 10. Dezember 1911) veröffentlichten Artikel mitteilt, hat diese Forderung der Hagener Generalversammlung bereits vorher vereinzelt eine praktische Anwendung gefunden, und zwar in Dresden. Dort wird den (in sehr geringer Zahl) auf der Redaktion des *Kgl. Dresdener Journals* beschäftigten sächsischen Referendaren die dort verbrachte Zeit auf den Justizvorbereitungsdienst angerechnet.

Professor Dr. Reichel steht der von der Hagener Generalversammlung erhobenen Forderung recht sympathisch gegenüber. In einem neuerdings in der *Deutschen Juristenzeitung* (Nr. 4 vom 2. Februar 1913) veröffentlichten Artikel „Referendare als Journalisten“ betont er, die juristische Fachwelt werde, nachdem die Presse in Hagen ihre Bereitwilligkeit in so erfreulicher Weise dokumentiert habe, Referendare bei sich zu beschäftigen, nicht umhin können, dem erhobenen Postulat ernsthaft näherzutreten, es wäre denn, daß sie wirklich

stichhaltige Gegen Gründe beizubringen vermöchte. Professor Reichel räumt dann gleichzeitig einige kurz vorher in der *Deutschen Juristenzeitung* gegen die Hagener Forderung von Herrn Rechtsanwalt Dr. Hachenburg erhobene Bedenken aus dem Wege, als ob es für den jungen Juristen gefährlich sein könne, ihn für einige Zeit dem unmittelbaren politischen Einfluß einer Zeitung auszusetzen. Er betont demgegenüber mit Recht, daß die ständige alleinige Lektüre eines Parteiblattes für die politische Beeinflussung von viel weittragenderer Bedeutung sei.

Aber trotz alledem besteht zwischen der Forderung der Hagener Generalversammlung und dem Verlangen Professor Reichels noch ein weitgehender Unterschied. Die Hagener Resolution, die auf meinen Antrag und im Anschluß an ein von mir erstattetes Referat über die Stellung der Presse in der modernen Strafrechtspraxis angenommen wurde, hatte in erster Reihe das Interesse der Presse im Auge. Durch seine Beschäftigung auf einer Redaktion soll der junge Jurist einen Einblick in die innere Tätigkeit der Presse erhalten, ihre Arbeit im Dienste der Allgemeinheit, im öffentlichen Interesse würdigen lernen, Verständnis für den ganzen Werdegang der Zeitung, und alles was damit zusammenhängt, gewinnen, um so in seiner späteren Tätigkeit als Richter oder als Verwaltungsbeamter, wo ihn sein Beruf zwingt, sich mit der Presse zu beschäftigen, in der Lage zu sein, ihr ohne Voreingenommenheit entgegenzutreten, und die an ihn herantretenden Fragen aus eigener Kenntnis der Verhältnisse beurteilen zu können.

Professor Reichel hat dagegen in erster Reihe das Interesse des jungen Juristen im Auge, und so deckt sich denn auch seine Forderung nach Beschäftigung der jungen Referendare auf Redaktionen einzelner Blätter nicht mit der der Hagener Generalversammlung. Er denkt sich dabei nicht die Einführung des jungen Juristen in die gesamte Redaktionsstätigkeit, soweit dies eben angängig ist — politische Leitartikel werden die Herren selbstverständlich nicht abzufassen haben —, sondern er meint, die Referendare sollten „lediglich Gerichtsaaalberichte und allenfalls juristische *Entresilets* liefern“. Darin erblickt er eine gute und willkommene Gelegenheit für die

juristische Ausbildung des Referendars, der dadurch die beste Gelegenheit hat, sich in der Kunst zu üben, rechtserhebliche Tatbestände aller Art richtig aufzufassen, richtig wiederzugeben und juristisch richtig einzuwerten. Gleichzeitig kann dadurch dem Interesse der Presse insofern gedient werden, als dadurch den berechtigten Klagen über die Unzulänglichkeit der Gerichtsberichterstattung unserer Presse Abhilfe geschaffen werden soll.

Den Hauptgrund für die auch von der Presse zugegebenen Mängel auf dem Gebiete der Gerichtsberichterstattung der Presse sieht Professor Reichel in der meist sehr mangelhaften fachmännischen Vorbildung der Berichterstatter. In Wirklichkeit ist das aber nur ein äußerer Grund, dem unschwer abzuhelfen wäre. Der wahre und letzte Grund der unzulänglichen Gerichtsberichterstattung liegt vielmehr in der mangelhaften, völlig ungenügenden Information der Presse über die tagtäglich vor unseren Gerichten zur Verhandlung gelangenden Sachen. Es gibt keine Stelle, welche die Presse regelmäßig und ausreichend hierüber informieren würde, oder an der sich die Presse eine solche Information holen könnte. Eine Ausnahme machen nur die Schwurgerichte, deren Tagesordnungen vor jeder Sitzungsperiode veröffentlicht werden. Die Gerichtsberichte über die Schwurgerichtsverhandlungen geben denn auch im allgemeinen zu Klagen wenig Anlaß. Hier ist eben die Presse in der Lage, zu den einzelnen Sitzungen befähigte Berichterstatter zu entsenden. Anders ist es mit unseren Schöffens- und Amtsgerichten, Straf- und Zivilkammern. Hier erfährt die Presse nur durch Zufall oder durch besonders günstige Umstände, welche Sachen in den einzelnen Sitzungen zur Verhandlung stehen. Im allgemeinen weiß sie nichts darüber. Sie weiß also auch vorher nicht, welche unter den vielen Sachen voraussichtlich für die Öffentlichkeit Interesse haben, welche nicht, und wohin sie mithin einen befähigten, rechtskundigen Berichterstatter, eventuell auch ein Mitglied der Redaktion zu entsenden hätte, und wohin nicht. So ist sie eben in ihrer Gerichtsberichterstattung auf den gewöhnlichen, meist sehr mangelhaft fachmännisch vorgebildeten Gerichtsberichtersteller angewiesen. Und auch dieser hängt in seiner

ganzen Tätigkeit vielfach vom Zufall ab. Er wird sich bestreben, dahin zu gehen, wo „vorausichtlich“ etwas Wichtiges zur Verhandlung kommt, damit die Zeitung seine Berichte aufnimmt und er auf diese Weise etwas verdient. Diese Berichterstatter werden ja meist nach der Zeilenzahl der abgedruckten Berichte von den Redaktionen der einzelnen Blätter honoriert. So wird der Berichterstatter oft zwischen Schöffengericht und Strafkammer, zwischen Amtsgericht und Zivilkammer — die ja vielfach nebeneinander tagen — hin und herpendeln, um schließlich doch das wirklich Wichtige zu versäumen oder nur Bruchstücke zu hören, die er sich dann selbst durch unzuverlässige Erkundigungen ergänzt. Vielleicht wird er auch des lieben Verdienstes halber Unwesentliches aufbauen, ja ganze Geschichten erfinden. Alles das ist schon da gewesen. Die Redaktion hat ja keine Kontrolle darüber, nur durch Zufall erfährt sie davon. Wollte eine Redaktion eine zuverlässige und umfassende Gerichtsberichterstattung pflegen, so müßte sie für Amts- und Schöffengericht, für jede Zivil- und Strafkammer einen ständigen fachmännischen Berichterstatter haben, der den Verhandlungen der einzelnen Gerichte von Anfang bis zum Schluß beiwohnte. Das ist aber den meisten Blättern schon aus finanziellen Gründen unmöglich. Auch die an einzelnen Gerichten erfolgte „Kartellierung“ mehrerer Berichterstatter genügt nicht. Das einzige wirksame Mittel zur Abhilfe wäre, wenn unsere Gerichte sich entschließen könnten, den einzelnen Blättern rechtzeitig ein Verzeichnis der an den einzelnen Terminen zur Verhandlung kommenden Sachen, die kurz charakterisiert sein müßten, zugänglich zu machen. Die Blätter wären dadurch in der Lage, auf leichte Weise durch Entsendung eines fachmännischen Berichterstatters oder eines Redaktionsmitgliedes in die ihr Interesse beanspruchenden Verhandlungen für eine zulängliche Berichterstattung zu sorgen, und sie würden auch gerne einen entsprechenden Betrag zur Deckung der durch die Anfertigung der Verzeichnisse entstehenden Unkosten tragen. Einen Teil dieser Berichterstattung könnten ja auch die bei der Presse voluntierenden Referendare übernehmen. Damit allein möchte ich aber die Tätigkeit der Referendare bei

der Presse nicht erschöpft sehen. Die Frage des meines Erachtens berechtigten Anspruchs der Referendare auf Honorierung ihrer Arbeit darf hier wohl außer Betracht bleiben.

Dr. Krueckemeyer in Saarbrücken

Memoiren

Josef von Görres. Ausgewählte Werke und Briefe. Herausgegeben und mit Einleitungen und Anmerkungen versehen von **Wilhelm Schellberg.** Rempten und München bei Jos. Kösel, 1911. Zwei Teile in einem Bande.

Wenn in einem Menschen längere Zeit hindurch niedere Triebe das Übergewicht hatten, dann aber das Edlere in ihm durchbricht und siegt, mag man von einer Wiedergeburt oder Befehrung sprechen. Görres gibt sich selbst das Zeugnis, daß sein Streben immer rein gewesen sei (I, 175); seine Entwicklung vom Jakobiner zum gläubigen Katholiken war nur eine Frucht tieferer Einsicht, nicht die Folge einer Willenswandlung, darum darf man sie weder als Befehrung preisen noch Abfall schelten. Die Revolution begrüßt der Sohn der Aufklärung als den Beginn eines neuen, eines schöneren Zeitalters: einer vernünftigen Selbstregierung des Volkes nach langem unheilvollen Despoten- und Pfaffenregiment. „Der mächtige Schimmer, der wie ein Blitzstrahl alle Winkel durchdrang, schreckte die Despoten; sie blinzten das in mächtiger Fülle dahinströmende Licht an; ihnen war nur in Finsternis wohl“ (I, 4). Was seinen Sinn änderte, war nicht die Schreckensherrschaft; sentimental war er nicht. „Es ist kein milder, liebevoller, schonender Geist, der vom Anbeginne her durch die Erdengeschichte unsichtbar geht; eine mutige, unbezwingliche Kraft, eine finster verschlossene, erbarmungslose Macht mit festem Willen ohne Wanken führt sie dem ernstesten Ziel entgegen“ (I, 455). Sondern es war „der stinkende Pfuhl“ (II, 17), den er bei seinem Aufenthalt in Paris kennen lernte, die Rückkehr der Franzosen unter die Herrschaft eines Despoten, wodurch sie ihre Unfähigkeit zur Selbstregierung bekannnten, und die Annexion des linken Rheinufers. Er erkannte deutlich die Verschiedenheit des französischen vom deutschen Volkscharakter, das Unnatürliche der

Einbeziehung deutscher Stämme in den französischen Staat (I, 58 bis 66), und daß der Rhein nicht Deutschlands Grenze sondern Deutschlands Pulsader ist. Von dieser Einsicht befeelt, ward er einer der geistigen Führer des Befreiungskampfes und gab vom Januar 1814 an seinen Rheinischen Merkur heraus, den Napoleon die fünfte der ihn bekämpfenden Großmächte genannt hat. Für die Neugestaltung Deutschlands konnte in einer Zeit, da aus allen deutschen Kreisen Arndts „O nein, o nein o nein o nein, sein Vaterland muß größer sein“ erschallte, kein anderes als das großdeutsche Ideal in Betracht kommen (I, 564 und II, 387). War nun schon die „Deutschtümerei“ an sich, hinter der jeder Bureaufkrat die Revolution witterte, in Wien und Berlin gleich sehr verhaßt, so mußten die großdeutschen Pläne im Norden noch ganz besonders anstoßen, weil bei der damaligen Weltstellung der Dynastien Hohenzollern und Habsburg an Unterordnung dieser unter jene nicht gedacht werden konnte, das Umgekehrte eher möglich schien. Hierzu kam sein Kampf gegen den Wiener Kongreß, der Elsaß-Lothringen an Frankreich verriet und überhaupt durch seine schwächliche Nachgiebigkeit gegen die französische Diplomatie alle deutschen Patrioten erbitterte (I, 530 bis 533); ferner daß er der Mißstimmung der Rheinländer gegen das neue preußische Regime kräftigen Ausdruck verlieh und den Anspruch der deutschen Stämme auf Verfassungen verfocht. Da war es denn nicht zu verwundern, daß die preußische Regierung seine Schrift „Deutschland und die Revolution“ (sie war durch die Ermordung Rokebues angelegt), zum Anlaß nahm, gegen den unbequemen Mährer und Warner einzuschreiten. Sie bereitete dadurch den Franzosen den Triumph, ihren größten Feind auf französischem Boden Schutz suchen zu sehen. Seine Sprache Berlin gegenüber war allerdings von nicht zu rechtfertigender Schärfe, denn er, der vielseitige, litt an einer höchst einseitigen Aneignung gegen den Norden, die um so seltsamer erscheint, da er die preußischen Truppen schätzen gelernt hatte. Zum Teil war daran schuld, daß er nie in die mittleren und östlichen Gegenden Norddeutschlands gekommen war; Berthes schrieb ihm einmal: „Deutsch-

land kennen Sie nicht über Frankfurt hinaus. Für wichtig halten Sie nur Ihr Land, für liberal nur Ihre Ansichten, jenseits Frankfurt fängt Ihnen die Barbarei an.“

Daß seine Entwicklung in den Katholizismus ausmündete, lag im Geiste der Zeit; hat er doch mit Achim von Arnim und Clemens Brentano zusammen die Quellen der romantischen Strömung erschlossen. Eine Zeitlang bewegte er sich im Fahrwasser Schellings, doch ließ sich seine urkräftige Originalität in eine philosophische Schule nicht einsperren; große Ähnlichkeit haben die Schriften seiner literarisch-romantischen Periode mit denen von Novalis. Ultramontan darf man ihn nicht nennen, denn er ist kerndeutsch geblieben. Die Sünden der Päpste zu geißeln, hat er sich auch in seiner späteren Zeit nicht nehmen lassen (II, 478). Die Notwendigkeit der Reformation hat er anerkannt (I, 275 und 276), und er mißbilligte es, daß in der Zeitschrift „Der Katholik“, für die er schrieb, ein Mitarbeiter „aus Luther, Fichte und Napoleon seinen dreiköpfigen Höllenhund bildete“ (II, 416). Hätte er in den Zeiten des neunten und des zehnten Pius gelebt, er hätte sich von diesen sein freies Denken nicht einhegen lassen in den engen Pferch vatikanischer Orthodogie. Auch ist er dem allzu mittelalterlichen Adam Müller entgegengetreten, welcher der Religion mehr Einfluß auf die Politik einräumen wollte, als gut ist (II, 265 und 279); Geistliche, wünscht er, sollen sich so wenig wie möglich in die Politik einmischen (II, 492). Was bei ihm, dessen Jugend in dem Boden der Aufklärung gewurzelt hatte, der katholischen Anschauung zum Siege verhalf, das war der historische Sinn. An Jean Paul schreibt er einmal (II, 374 und 375): „Ich habe in religiösen Dingen nach reiflicher Erwägung für besser gefunden, an dem alten Bau fortzuarbeiten, als auf eigene Faust aus Stroh und Goldpapier ein eigenes Schwalbennest zu bauen. Sie sind darin wohl anderer Meinung, und ich habe für jede redliche Überzeugung Platz.“ Wie sich ihm die „liberalen“ Strömungen der Restaurationszeit darstellen, drücken u. a. die Worte aus: „Die Welt hat nie einen so öffentlichen geistigen Banterott gesehen und eine solche freche Verschwörung von allem,

was gemein im Menschen ist, gegen alles Höhere, und doch so ganz ohne allen Nachdruck, ja beinahe ohne alle Bosheit, alles wie im Gähnen, im Schlaf und Traum“ (II, 270). Auch in München vermag er 1830 nichts als ekle Fäulnis zu sehen; Künste und Wissenschaften seien nur eine dünne Kleckerei, die den Dreck vergolde (II, 474 bis 477). Um die Vertreter einer falschen Aufklärung ins Herz zu treffen, warf er sich mit aller Wucht seiner gewaltigen Persönlichkeit auf die Mystik, aus der er, in anatomischen und physiologischen Studien die Theorien der Mesmer, Justinus Kerner, Eschenmayer vollendend, eine tödliche Waffe zu schmieden gedachte.

Sein Naturell machte ihn zum Agitator und Publizisten. Was er als solcher geleistet, hat Napoleon anerkannt, und sieht man heute noch am Zentrum; denn obwohl er 22 Jahre vor dessen Gründung gestorben ist, darf er als sein Gründer angesehen werden; er vor allen anderen Erneuerern des Katholizismus hat jene gebildete katholische Jugend der dreißiger und vierziger Jahre begeistert, die, zur Mannheit gereift, von 1870 an den sie erfüllenden Geist in einer politischen Form verkörperte. Ein Publizist und Agitator gewöhnlichen Schlages ist er freilich nicht gewesen. Er verfügte über ein ungeheures Wissen, war jedoch vom Gelehrten das gerade Gegenteil. Aus dem Leben schöpfte er seine Weisheit, nicht aus Büchern („O Aller-gelehrteste, wie seid ihr so dumm, wenn ihr eure Bücher zu Hause gelassen!“ I, 295); aus Büchern nur, so weit das Leben, so weit der Geist der Völker und der Zeiten aus ihnen spricht. Diesen zu erfassen, den Menschen und den Dingen auf den Grund zu sehen, die Eigenart der Nationalitäten, den Zusammenhang der Begebenheiten, den Gang der Weltgeschichte durch Intuition zu erkennen, das und nicht kritische Analyse dessen, was er als ein Ganzes schaute, war seine Gabe. Die einander nach Zeit und Raum weltweit entfernt liegenden Dinge verband seine Phantasie miteinander, so daß ihm aus der Ferne und aus der Bergangenheit Bilder in Fülle zuströmten, die Geschehnisse der Gegenwart und seines Wirkungskreises zu erläutern. Das ergab nun einen Stil, wie ihn vor ihm

niemand geschrieben hat, den nachzuahmen lächerlich wäre, und der das Gegenteil ist von wissenschaftlicher Exaktheit. Seine Univeritätsvorträge hat Friedrich Hebbel mit den Worten charakterisiert: „Ein Nollusschlauch mit den in alle Richtungen auseinandergehenden Winden.“ Es ist sehr erklärlich, daß von den hervorragenden Männern des Zeitalters der Befreiungskriege Clausewitz der einzige war, der ihn ablehnte, denn die Militärs sind ja die exaktesten aller Denker, und von Clausewitz haben wir überdies kürzlich in den Grenzboten (im 16. Heft) den Ausspruch gelesen: „Das erste Geschäft einer jeden Theorie ist das Aufräumen der durcheinandergeworfenen Begriffe und Vorstellungen.“ Carl Jentsch in Weife

Historisch-literarische Erinnerungen von Adam Trabert. Verlag der Jos. Köfelschen Buchhandlung. Rempten und München 1912. VII, 536 S. 8°. M. 5.—, geb. M. 6.—.

Ein Großdeutscher aus der Zeit vor 1866, ein Kurhesse, der in Österreich sein zweites Vaterland gefunden hat, ein Katholik, der vom Fuldaer Kloster nach manchem Abfall wieder zum Kinderglauben zurückkehrt, hat seine Memoiren niedergeschrieben. Viel Interessantes erfahren wir aus den hie und da mit der behaglichen Breite des Alters ausgesponnenen Erinnerungen; besonders für die inneren Verfassungskämpfe des alten Kurfürstentums Hessen sind Traberts Mitteilungen wertvoll; hat er selbst doch mitten in den Stürmen der vierziger Jahre als leitender Volksmann gestanden, stets, wie Uhlant, für die Selbständigkeit des Landes eintretend, hat er selbst doch sein mannhafte Aussharren mit jahrelanger Festungshaft in Spangenberg büßen müssen! Aber dieser aufrechte Mann hat durch den Gang der Geschichte nichts lernen wollen. Die Einverleibung Kurhessens durch Preußen ist ihm zeitlebens als ein „Rechtsbruch“ erschienen; die Aufrichtung des Deutschen Reiches 1871 ohne Österreichs Anteil hat er als einen Verrat an der „groß-deutschen“ Sache empfunden und hat sich von dieser veralteten Anschauung nie bekehren lassen. In Österreich gründete er sich eine zweite Heimat, da er mit dem „verpreußten“ Deutschen Reich eines Bismarck seinen Frieden nicht

machen wollte, und hat hier im Dienste der christlich-sozialen Partei eifrig gewirkt an der Seite eines Baron Bogelsang, eines Lueger. Auch in diesen Blättern kämpft er aufs eifrigste gegen Liberalismus und Judentum, gegen unbedingte Pressefreiheit (für die er selbst 1848 „irrtümlicherweise“ eingetreten ist!) und konfessionslose Schulen. Doch auch in seinen einseitigen Betrachtungen, aus denen immer von neuem der Haß gegen Preußen und Bismarck hervorbricht, erkennt der Leser das Bild eines idealgesinnten mutigen Kämpfers und bedauert nur das eigensinnige Festhalten dieses Mannes an unerfüllbaren Forderungen.

Dr. Wolfgang Stammler in Hannover.

H. C. Andersen: Das Märchen meines Lebens. Herausgegeben von Heinz Amelung. Deutsche Bibliothek in Berlin. Preis 1 M.

Andersen hat sein Leben in zweifacher Gestalt erzählt. Die eine Darstellung ist uns allen bekannt: „Das Märchen vom häßlichen jungen Entlein“ (Den grimme Alling). Kam er sich doch, als sein Stern aufgegangen war, vor, wie der weiße Schwan, den nur Mißgunst und Beschränktheit verkannt hatte oder, wie er sich selbst ausdrückt, „wie ein Bauernknabe, dem man einen Königsmantel umwirft.“ Diese poetische Gestaltung seines Lebens wird ergänzt durch eine ausführliche Schilderung des Lebensganges in deutscher Sprache, von der zwei Fassungen vorhanden sind. Die eine ist 1846 „in Rom, am Meerbusen von Neapel und mitten in den Pyrenäen zu Papier gebracht“ und für die erste deutsche Gesamtausgabe seiner Schriften bestimmt. 1855 hat sich Andersen verleiten lassen, die erste Niederschrift weitschweifig und in jenem gereizten Tone gegen alle Kritik fortzusetzen, der auch in der Fassung von 1846 schon hin und wieder anklingt. — Andersen war und blieb krankhaft ehrgeizig; er hat es den Dänen niemals verziehen, daß er unter ihnen erst anerkannt wurde, als Deutschland, Schweden und Frankreich ihm bereits zujubelten. Seine Erbitterung kannte keine Grenzen; 1843 schrieb er aus Paris an eine Freundin: „Ich hasse den, der mich haßt, ich fluche dem, der mir flucht. Aus Dänemark kommt stets der eifige Hauch, der mich da draußen erstarren läßt. Sie speien mich an, sie treten mich in den Kot.

Ich bin doch eine Dichternatur, wie ihnen Gott deren nicht viele gegeben hat, die ich ihn aber in meinem Todesaugenblick bitten will, diesem Volke niemals wieder zu bescheren."

Seine an Albernheit grenzende Anerkennungsucht macht uns den Menschen oft fremd. Schon bei seinen Lebzeiten wurde seine Person auch von denen verspottet, die seine Werke willig anerkannten. Als Brandes ihn einst entschuldigen wollte, er sei ja ein Kind, gab man ihm zur Antwort: „Ein Kind? Er ist noch nicht entwöhnt!“ Kindlich war er im guten und bösen Sinne bis zum letzten Augenblick seines Lebens. Die glühende kindliche Dankbarkeit gegen seine Wohltäter, die naive alles vergessende Freude über Ruhm und Auszeichnung läßt uns die Rehrseite dieses kindlichen Gemüts begreifen und verzeihen. Die deutsche Niederschrift vom Jahre 1846, die Amelung mit sicherem Takt für die vorliegende Ausgabe zum Abdruck gewählt hat, zeigt uns den Anderen, wie wir ihn uns am liebsten vorstellen mögen: als liebenswürdigen

Plauderer, der es wirklich versteht, „das Märchen seines Lebens“ zu erzählen.

Traugott Friedemann in Einbeck

Volkswirtschaft

Wild, Jagd und Bodenkultur von Geh. Regierungsrat Prof. Dr. G. Nörig. Neudamm, Verlag von Neumann. Ein vielseitiges wertvolles Buch, wertvoll für jeden Naturfreund, unentbehrlich für den Gutbesitzer und Jäger. Der Verfasser behandelt die volkswirtschaftliche Bedeutung der Jagd und der Jagdtiere und die wechselseitigen Beziehungen, die zwischen dem Wild und der Land- und Forstwissenschaft bestehen, so z. B. den Einfluß der Bodenkultur auf die Jagdtiere, den Schutz der Kulturpflanzen gegen die Jagdtiere, die Blutaufrischung und Einbürgerung neuer Wildarten und vieles mehr. Aus dem statistischen Teil seien einige Zahlen herausgegriffen, die geeignet scheinen, die volkswirtschaftliche Bedeutung der Jagd ins rechte Licht zu rücken. Die jährliche Einnahme des Staates aus dem Erlös der Jagdscheine be-

Werksstätten Bernard Stadler

Paderborn

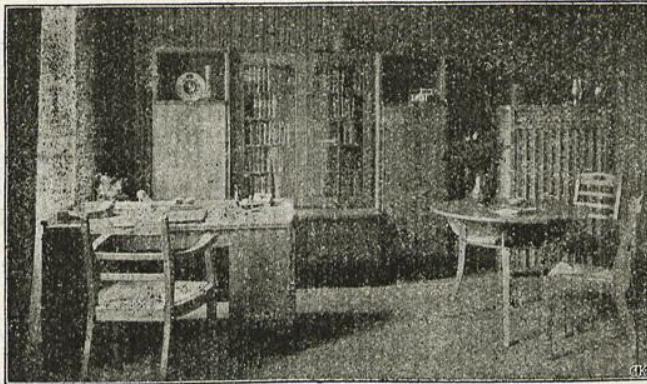
Zusammenarbeiten von Kaufmann, Künstler und Handwerker; im neuzeitlichen Geiste durch Max Heidrich entworfene Zimmereinrichtungen; gediegen, bequem, und die feinfühlig abgewogenen guten Verhältnisse der Formen. Einzelausfertigung in verständnisvollem Eingehen auf besondere Wünsche. Besonders preiswert:

Bürgermöbel

Vollständige Zimmer für etwa 300 bis 1000 Mark. Teppiche, Bezug-Stoffe, Beleuchtungskörper, auserlesenes kunstgewerbliches Kleingerät

Lieferung frei in die Wohnung.

Preisbuch T 3 mit 170 Abbildungen Preis 1 Mark



Berlin W. 30 · Bremen · Düsseldorf · Hamburg · Leipzig
Traunsteinerstr. 6 Georgstr. 64 Bleichstr. 6 Bergstraße 12/14 i. H. Aug. Polich

trägt in Preußen $3\frac{1}{2}$ Millionen Mark. Für etwa 50 000 Jagdschutzbeamte werden jährlich insgesamt 37 Millionen Mark Gehalt gezahlt. Die Ausfuhr der Jagdwaffen aus Deutschland ergab 1905 4 Millionen Mark. 36 Millionen Patronen im Werte von annähernd 3 Millionen Mark werden jährlich auf Wild verschossen. Der Abschuß an Nutzwild in Deutschland ent-

spricht einem Wert von 26 Millionen Mark. Zum Schluß empfiehlt der Verfasser aufs wärmste die Gründung eines „Reichsinstitut für wissenschaftliche Jagdtunde“, das in exakter Forschung die Beziehungen ermitteln soll, in denen das Wild zum Betriebe der Land- und Forstwissenschaft und zu unserem Nationalvermögen steht. f. M.



Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
 Verantwortlich: der Herausgeber George Kleinow in Berlin-Schöneberg. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An den Herausgeber der Grenzboten in Berlin-Friedenau, Hedwigstr. 1a.
 Fernsprecher der Schriftleitung: Amt Umland 8680, des Verlags: Amt Bülow 6510.
 Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW. 11.
 Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW. 11, Dessauer Straße 86/87.

Dresdner Bank

Aktien-Kapital . . Mk. 200 000 000
Reservefonds . . Mk. 61 000 000

DRESDEN — BERLIN — LONDON

— BREMEN BRESLAU CASSEL FRANKFURT a. M. HAMBURG —
 HANNOVER LEIPZIG MANNHEIM MÜNCHEN NÜRNBERG STUTTGART

Altona, Augsburg, Bautzen, Beuthen O.-Schl., Bückeberg, Bunzlau, Cannstatt, Chemnitz, Corbach, Detmold, Emden, Eschwege, Frankfurt a. O., Freiburg i. Br., Fulda, Fürth, Gleiwitz, Göttingen, Greiz, Harburg, Heidelberg, Heilbronn, Kattowitz, Königshütte O.-Schl., Leer, Liegnitz, Lübeck, Meißen, Plauen i. V., — Spandau, Stettin, Tarnowitz, Ulm, Wiesbaden, Zittau, Zwickau. —

Annahme von Depositengeldern zur Verzinsung; An- und Verkauf von Wertpapieren, ausländischen Geldsorten, Devisen usw.

Einlösung von Coupons und Dividendenscheinen; Ausstellung von Schecks und Kreditbriefen;

Diskontieren und Einziehen von Wechseln und Schecks; Beleihung börsengängiger Wertpapiere und deren Versicherung gegen Kursverlust im Falle der Auslösung; Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren; Beschaffung und Unterbringung von Hypothekengeldern, Vermögensverwaltungen, Testamentsvollstreckungen, sowie alle sonstigen bankgeschäftlichen Transaktionen.

Vermietung von Stahlkammern